

Sperrfrist bis 10.15 Uhr



## Medienmitteilung

Dienstag, 4. Februar 2025

# Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit stärken

## Mit Gemeinsinn und Mut die Schweiz voranbringen

**Die USA fordern die Welt heraus. Der Standortwettbewerb wird sich deutlich intensivieren. Die Schweiz ist gefordert, wichtige wirtschaftspolitische Reformen voranzubringen. Dazu braucht es Gemeinsinn und mutige Entscheide. Ohne breiten politischen Schulterchluss gelingt es nicht, die Bundesfinanzen auf ein solides Fundament zu stellen. Einen breiten Schulterchluss braucht es auch, um den bilateralen Weg zu sichern. Augenmass ist in der Bankenregulierung gefragt, um das Ziel eines wettbewerbsfähigen und zugleich stabilen Finanzplatzes zu erreichen.**

Der neue US-Präsident Donald Trump setzt klare Zeichen: Steuern sollen gesenkt, die Regulierung entschlackt und Zölle erhöht werden. Von Europa fordert der US-Präsident, mehr für die Sicherheit zu tun. Die Schweiz muss in diesem geopolitisch und weltwirtschaftlich anspruchsvollen Umfeld bestmöglich navigieren und ihre eigene Attraktivität stärken. Die heutige Jahresmedienkonferenz des Wirtschaftsdachverbands economiesuisse steht entsprechend ganz im Zeichen der grossen Reformprojekte. «Wir müssen Blockaden und Partikularinteressen überwinden. Um Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten, braucht es jetzt Gemeinsinn und mutige Entscheide», betont Christoph Mäder, Präsident von economiesuisse. Mit dem Entlastungspaket stehen die Bundesfinanzen vor der Bewährungsprobe. Für die Wirtschaft ist zentral, dass der Finanzhaushalt langfristig auf ein solides Fundament gestellt wird. Nur so kann auch Spielraum geschaffen werden, um in die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investieren zu können.

### Europapolitik: Innenpolitische Umsetzung ist des Pudels Kern

Für den Standort Schweiz ist es essenziell, dass der bilaterale Weg mit der Europäischen Union (EU) stabilisiert wird. «Wir sind überzeugt, dass der bilaterale Weg der massgeschneiderte Weg für die Schweiz ist: Dort, wo wir Marktzugang oder eine Zusammenarbeit möchten, schliessen wir Verträge ab und einigen uns auf gemeinsame Spielregeln. In jenen Bereichen wiederum, in denen wir keine Verträge möchten, lassen wir es sein», sagt Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung. Soweit die Inhalte des ausserpolitisch ausgehandelten Vertragspakets bekannt sind, kann aus Sicht der Wirtschaft ein erstes positives Fazit zum Paket gezogen werden: Mit der Aktualisierung der bestehenden Binnenmarktabkommen kann der Zugang zum EU-Binnenmarkt langfristig auf solide Beine gestellt werden. Die Programme zur Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen, insbesondere in der Forschung und Entwicklung über Horizon Europe, bewertet economiesuisse ausdrücklich positiv. Die Wirtschaft begrüsst auch, dass im Abkommen über die Personenfreizügigkeit die Schutzklausel konkretisiert werden konnte. Diese bildet die Grundlage, um bei schwerwiegenden Problemen Massnahmen ergreifen zu können. Nun steht die innenpolitische Umsetzung an. Die konkreten Vorschläge zur Umsetzung des Vertragspakets sind für die abschliessende Gesamtbeurteilung des

Pakets entscheidend. Diese liegen derzeit noch nicht vor. Klar ist jedoch: Der flexible Arbeitsmarkt steht nicht zur Disposition.

**Bankenregulierung: Gemeinsam sind wir stark**

Die Schweiz braucht eine starke UBS. Die Exportwirtschaft ist darauf angewiesen, dass eine international bestens vernetzte globale Bank ihre Geschäftstätigkeiten im Ausland begleiten, finanzieren und unterstützen kann. Es ist in unser aller Interesse, dass die UBS wettbewerbsfähig ist. Es wäre deshalb falsch, die UBS mit Auflagen zu belasten, die sie im internationalen Wettbewerb behindern. Das bedeutet aber nicht, dass die bestehende Bankenregulierung nicht optimiert werden muss. Wichtig ist, dass das Richtige getan wird und dort angesetzt wird, wo effektiv Handlungsbedarf besteht. Der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) hat gezeigt, dass in erster Linie das unzureichende Management der Credit Suisse, die nicht ausgeschöpften Aufsichtsinstrumente der FINMA und die ungenügende Zusammenarbeit der Behörden die Hauptprobleme waren. Hinsichtlich der regulatorischen Rahmenbedingungen ist aus Sicht der Wirtschaft eine international abgestimmte Vorgehensweise zentral, um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes zu sichern.

**Umweltverantwortungsinitiative: Klares Nein**

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen ab. Die Folgen bei einer Annahme wären höhere Preise, Konsumverbote und umfassende regulatorische Vorschriften. Die Initiative ist ein Beispiel neben vielen weiteren, die aufzeigen: Anstatt an tragfähigen Kompromissen zu arbeiten, werden utopische Ziele gesetzt und der Standort Schweiz gefährdet. *economiesuisse* lehnt die Initiative klar ab und engagiert sich im Rahmen der Kampagne für ein Nein.

Rückfragen:

Silvan Lipp

Mitglied der Geschäftsleitung, Bereichsleiter Kommunikation

Telefon: +41 44 421 35 57

E-Mail: [media@economiesuisse.ch](mailto:media@economiesuisse.ch)

Sperrfrist bis 10.15 Uhr

## **Jahresmedienkonferenz 2025**

Dienstag, 4. Februar 2025

Es gilt das gesprochene Wort

# Europa und die Schweiz müssen mehr für ihre Wettbewerbsfähigkeit tun

Christoph Mäder, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Jahresmedienkonferenz. Wir freuen uns auf den Austausch und die Diskussion mit Ihnen.

Als Donald Trump vor einigen Tagen sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten antrat, titelte eine Schweizer Zeitung: «Trump ist ein Raubtier, und die Europäer sind Sozialarbeiter.» Während die USA alles dafür tun, ihre eigene Stellung zu stärken, ist Europa vor allem mit sich beschäftigt. Nun, gewiss ist: Auf Europa und die Schweiz kommen grosse, sehr grosse Herausforderungen zu. Die USA fordern die Welt heraus. Auf der anderen Seite des Atlantiks werden Regulierungen abgebaut, Steuern gesenkt und die Verwaltung auf Effizienz getrimmt. Obendrauf kommen Beschränkungen und höhere Zölle für gewisse Handelspartner. Von Europa erwartet Donald Trump mehr Investitionen in die eigene Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit. Inzwischen ist auch immer mehr Politikerinnen und Politikern auf dem europäischen Kontinent klar, dass Europa an Wettbewerbsfähigkeit zulegen und die Sicherheit stärken muss.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Sicherheit, mehr Zusammenarbeit. Das ist die Losung Europas und der Schweiz für die nächsten Jahre.

Was bedeutet das für unser Land? Es bedeutet zunächst, dass wir über unseren eigenen Tellerrand blicken müssen. Die geopolitischen und weltwirtschaftlichen Unsicherheiten halten weiter an. Die Schweiz ist gefordert, in diesem schwierigen Umfeld bestmöglich zu navigieren. Ich stelle jedoch nach wie vor fest, dass die politische Debatte in der Schweiz an einem ganz anderen Ort ist. Sie wird oft von kleinkarierten Debatten über Partikularinteressen dominiert. Lieber wird blockiert, anstatt dass Reformen mehrheitsfähig ausgestaltet werden. Es braucht dringend ein Umdenken. Wir müssen wieder das Wohl der Schweiz voranstellen und zur Schweiz Sorge tragen. Um Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten, braucht es Gemeinsinn und mutige Entscheide.

Mit dem Entlastungspaket stehen die Bundesfinanzen vor der Bewährungsprobe. Für die Wirtschaft ist zentral, dass der Finanzhaushalt langfristig auf ein solides Fundament gestellt wird. Gesunde Finanzen

sind wichtig, weil sie Handlungsspielräume schaffen, gerade auch, um mehr für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes tun zu können. Vor wenigen Tagen hat der Bundesrat das Entlastungspaket vorgelegt. Die Wirtschaft unterstützt das Paket klar. Ein Staatswesen kann auf die Dauer nicht mehr ausgeben als es einnimmt. Der Bund muss handeln, um handlungsfähig zu bleiben – auch in Krisenzeiten. Er braucht finanziellen Spielraum für kommende Herausforderungen. Für die Wirtschaft ist deshalb glasklar: Dieses Paket darf nicht aufgeschnürt werden. Alle müssen einen Beitrag leisten. In der vergangenen Wintersession ist es dem Parlament gelungen, trotz gezielter Mehrausgaben die Schuldenbremse einzuhalten. Für den Erfolg brauchte es ein mehrheitsfähiges Kompensationskonzept und den bürgerlichen Schulterchluss. Solch konsequentes Handeln ist nun auch nötig, um den überlasteten Bundeshaushalt längerfristig auszugleichen. Bereits hört man Klagelieder. Von «Totsparen» ist die Rede. Das ist im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket schlicht Unsinn. Denn mit dem Paket soll das Ausgabenwachstum abgebremst werden. Die Ausgaben steigen weiter, aber einfach nicht so schnell. Deshalb ist richtigerweise auch von einem Entlastungspaket und nicht von einem Sparpaket die Rede. Es entlastet und schafft Raum für wichtige Prioritäten – wie etwa für die Sicherheit.

Ich greife nochmals das Stichwort der Zusammenarbeit auf. Auf internationaler Ebene steht zum einen der Ausbau des Freihandelsnetzes im Vordergrund, um so die Handelsbeziehungen laufend zu vertiefen. Zum anderen müssen wir in Europa bestmöglich kooperieren. Gemeinsam sind wir stark. Die Schweiz sollte deshalb auch in Zukunft auf eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn und der Europäischen Union (EU) setzen. Mit dem ausgehandelten Paket verfolgt der Bundesrat eben genau dieses Ziel: Es geht darum, den bewährten bilateralen Weg zu stabilisieren. Das unterstützen wir. Wir haben in den letzten Wochen das Paket, soweit die Inhalte bekannt sind, mit unseren Mitgliedern diskutiert und auch eine Erstpositionierung vorgenommen. Die Wirtschaft zieht ein erstes positives Fazit: Mit der Aktualisierung der bestehenden Binnenmarktabkommen kann der Zugang zum EU-Binnenmarkt langfristig auf stabile Beine gestellt werden, was für die Schweizer Unternehmen von grosser Bedeutung ist. Das neue Stromabkommen ist ein zentraler Baustein zur Sicherstellung der Energieversorgungssicherheit. Die Programme zur Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen, insbesondere in der Forschung und Entwicklung über Horizon Europe, bewertet economiesuisse ausdrücklich positiv. Die Teilnahme an Horizon Europe stärkt eindeutig unseren Forschungs- und Innovationsstandort. Wir begrüßen auch, dass im Freizügigkeitsabkommen die Schutzklausel konkretisiert werden konnte. Diese bildet die Grundlage, um bei schwerwiegenden Problemen Massnahmen ergreifen zu können.

Ich möchte betonen: Es ist eine vorläufige Erstpositionierung. Denn uns liegen die Vertragstexte noch nicht vor. Auch die Vorschläge für die innenpolitische Umsetzung liegen noch nicht auf dem Tisch. Beides ist für die Gesamtbeurteilung des Pakets entscheidend. Es ist deshalb für eine abschliessende Beurteilung des Pakets zu früh. Das ist das Los der konstruktiven politischen Kräfte in diesem Land: Während die Gegner des bilateralen Weges schon jetzt lauthals das Paket angreifen, heisst es für uns abzuwarten, bis die konkrete Vorlage auf dem Tisch ist. Was hingegen für uns bereits jetzt klar ist: Der flexible Arbeitsmarkt steht nicht zur Disposition. Wesensfremde Forderungen seitens der Gewerkschaften werden abgelehnt. Wenn wir auch in Zukunft einen gut funktionierenden und attraktiven Schweizer Arbeitsmarkt wollen, dürfen wir uns nicht von Partikularinteressen blenden lassen. Hier sagen wir ausdrücklich Nein.

Ich komme zum Schluss und gehe auf ein letztes Thema ein, bei dem insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit von zentraler Bedeutung ist. Wie nämlich soll die Schweiz die UBS regulieren? Dies ist eine der grossen Streitfragen des Politikjahrs 2025. Für uns ist klar: Wir müssen eine vernünftige und ausgewogene Lösung finden. Das Ziel muss lauten: Wir wollen einen wettbewerbsfähigen und stabilen Finanzplatz. Die Schweiz braucht eine starke UBS. Die Exportwirtschaft ist darauf angewiesen, dass eine international bestens vernetzte globale Bank ihre Geschäftstätigkeiten im Ausland begleiten, finanzieren und unterstützen kann. Es ist in unser aller Interesse, dass die UBS wettbewerbsfähig ist. Es wäre deshalb falsch, die UBS mit Auflagen zu belasten, die sie im internationalen Wettbewerb behindern. Das bedeutet aber nicht, dass wir die bestehende Bankenregulierung nicht optimieren und verbessern müssen. Wichtig ist, dass wir das Richtige tun und dort ansetzen, wo effektiv Handlungsbedarf besteht. Der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) hat gezeigt, dass in erster Linie das unzureichende Management der Credit Suisse, die nicht ausgeschöpften Aufsichtsinstrumente der FINMA und die ungenügende Zusammenarbeit der Behörden die Hauptprobleme waren. Hinsichtlich der regulatorischen Rahmenbedingungen ist aus Sicht der Wirtschaft eine international abgestimmte Vorgehensweise zentral, um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben es in der Hand, dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherheit gestärkt und die gute Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern gepflegt und weiterentwickelt werden. Wir haben es in der Hand, die wirtschaftspolitischen Weichen richtig zu stellen. Die Ansage der USA ist unmissverständlich: Sie wollen als stärkste Volkswirtschaft kräftig wachsen und setzen alles daran, ihre Standortattraktivität zu verbessern. Verpassen Europa und die Schweiz den Zug für eigene liberalen Reformen zur Stärkung ihrer Wirtschaft, büssen wir nicht nur Wohlstand ein, sondern gefährden auch unsere Sicherheit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist bis 10.15 Uhr

## **Jahresmedienkonferenz 2025**

Dienstag, 4. Februar 2025

Es gilt das gesprochene Wort

# Der bilaterale Weg ist der Schweizer Weg

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung, economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie ebenfalls sehr herzlich zur heutigen Medienkonferenz. Ich möchte an den Worten des Präsidenten anknüpfen und die europapolitische Diskussion noch etwas vertiefen. Die Ausgangslage ist ausgesprochen anspruchsvoll: Der bilaterale Weg wird durch verschiedene Initiativen infrage gestellt. Ich spreche von der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», die auf eine Kündigung der Personenfreizügigkeit hinausläuft, von der Grenzschutzinitiative, die das Abkommen «Schengen/Dublin» tangiert, oder von der Initiative von Kompass Europa, mit der sich die Initianten gegen die Bilateralen III wenden.

Der bilaterale Weg steht auf dem Prüfstand. Das darf auch so sein. In unserer direkten Demokratie wird Bewährtes immer wieder hinterfragt und herausgefordert. Für uns Befürworter der Bilateralen bedeutet das, laufend die Vorteile des eingeschlagenen Wegs aufzuzeigen. Und das ist uns in den letzten zehn Jahren in allen europapolitisch relevanten Volksabstimmungen gelungen. Die Schweizer Bevölkerung hat sich in mehreren Abstimmungen immer wieder hinter die Bilateralen gestellt. Auch Umfragen bestätigen regelmässig, dass eine grosse Mehrheit der Stimmberechtigten für die Fortsetzung des bilateralen Wegs ist.

Das stimmt uns zuversichtlich. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehen, dass der bilaterale Weg die beste der zur Verfügung stehenden Optionen ist. Es ist der Schweizer Weg. Die Alternativen wären nämlich entweder ein EU-Beitritt oder ein weitgehender Alleingang. Beides wäre für die Schweizer Volkswirtschaft nicht zielführend. Das bedeutet wiederum nicht, dass der bilaterale Weg, den die Schweiz seit vielen Jahren beschreitet, keine Herausforderungen mit sich bringt. Wir blenden wichtige Fragen wie jene nach der nationalen Souveränität keineswegs aus. Wir sind aber überzeugt, dass der bilaterale Weg der massgeschneiderte Weg für die Schweiz ist: Dort, wo wir Marktzugang oder eine Zusammenarbeit möchten, schliessen wir Verträge ab und einigen uns auf gemeinsame Spielregeln. In jenen Bereichen wiederum, in denen wir keine Verträge möchten, lassen wir es sein. Ich nenne dies eine kluge und smarte Standortpolitik im Interesse des Landes, die wir weiterverfolgen sollten.

Ich komme zu einem weiteren Thema, das uns in der Wirtschaft stark beschäftigt. Es ist in links-grünen Kreisen derzeit «en vogue», mit Initiativen den Menschen zu signalisieren, sie und die Unternehmen seien verantwortungslos. Deshalb brauche es also eine Umweltverantwortungsinitiative oder eine neue Konzernverantwortungsinitiative. Fakt ist jedoch, dass die Schweiz und ihre Bevölkerung und Unternehmen sehr verantwortungsvoll handeln. Extreme Initiativen sind daher völlig fehl am Platz.

Die Umweltverantwortungsinitiative, über die wir in wenigen Tagen abstimmen, würde bei einer Annahme die Schweiz zwingen, ihren Ressourcenverbrauch innert zehn Jahren massiv einzuschränken. Damit verbunden wären zahlreiche neue Vorschriften und Verbote, die den Konsum stark zurückbinden, die Wirtschaft schwächen sowie Produkte und Dienstleistungen verteuern würden. Wir sprechen deshalb von einer «Verarmungsinitiative». Die Wirtschaft lehnt diese klar ab, genauso wie der Bundesrat und das Parlament es auch tun. Es gilt vielmehr die bisherige Umweltpolitik fortzusetzen. In den letzten Jahrzehnten hat die Schweiz in vielen Umweltbereichen Fortschritte erzielt. Die natürlichen Ressourcen werden effizienter eingesetzt und der Pro-Kopf-Konsum der Schweizer Bevölkerung belastet die Umwelt insgesamt weniger als noch vor 20 Jahren.

Auch im Bereich der Unternehmensverantwortung sind wir der Meinung, dass wir am eingeschlagenen Weg festhalten sollten. Wir haben immer betont, dass die Schweizer Gesetzgebung Schritt halten soll mit den internationalen Entwicklungen. Derzeit sehen wir, dass die EU ihre Lieferkettenregulierung nochmals einer gründlichen Analyse unterzieht, da sie aufgrund der jetzigen Komplexität in verschiedenen EU-Staaten auf starken Widerstand stösst. Es gibt auch Stimmen in der EU, welche für ein Aussetzen des EU-Lieferkettengesetzes plädieren. Die Stossrichtung in der EU ist also klar: Die bisherige Nachhaltigkeitsregulierung wird nochmals kritisch überprüft. Auch in der Schweiz verursachen die zahlreichen Reportingpflichten im Bereich der Nachhaltigkeit Kosten. Türmt man alle Berichte der Schweizer Unternehmen aufeinander, erreicht man inzwischen die Höhe des Prime Tower. Deshalb müssen wir auch in der Schweiz über die Bücher und uns fragen, wie wir die Nachhaltigkeitsregulierung möglichst effizient gestalten können. Währenddessen aber verlangt die neue Konzernverantwortungsinitiative der NGOs, die in Europa in der Kritik stehende EU-Regulierung im Bereich der Lieferketten quasi 1:1 zu übernehmen. Notabene also eine EU-Regulierung, die in Kürze bereits überholt sein dürfte. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz weiterhin auf Gesetzesstufe den internationalen Entwicklungen Rechnung tragen soll – und eben auch beobachten sollte, wie sich die Diskussion in der EU entwickelt. Neue, starre Verfassungsbestimmungen braucht es hingegen nicht.

Abschliessend komme ich auf die Kampagnentätigkeit von economiesuisse zu sprechen. Vor fast einem Jahr sagte die Schweizer Stimmbevölkerung Ja zur 13. AHV-Rente. Es war ein sehr intensiver und emotionaler Abstimmungskampf. Der Bundesrat, das Parlament, die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaft haben sich gegen die Vorlage engagiert und verloren. Wir haben dies zum Anlass genommen, unsere Kampagnentätigkeit gründlich unter die Lupe zu nehmen. Als grösste Kampagnenorganisation auf der Seite der Wirtschaft hat economiesuisse eine besondere Verantwortung. Unser Vorstand hatte deshalb im Sommer 2024 eine umfassende Strategie für die künftige Kampagnentätigkeit beschlossen. Seither setzt die Geschäftsstelle die Strategie um.

Unsere Strategie verfolgt zwei Ziele: Erstens will die Wirtschaft den Rückhalt in der Bevölkerung stärken. Es geht darum, das liberale Erfolgsmodell Schweiz zu sichern und voranzubringen. Es gilt die Vorteile einer wachsenden und innovativen Schweizer Wirtschaft für die Bevölkerung fassbar zu machen. Zweitens will die Wirtschaft ihre Kampagnenfähigkeit ausbauen. Abgeleitet von diesen Zielen haben wir ein Projektportfolio mit verschiedenen Massnahmen entwickelt, die wir derzeit umsetzen. Drei dieser Projekte möchte ich herausgreifen:

- Wir haben in den letzten Monaten ein wertvolles Netzwerk von inzwischen über [1'300 Botschafterinnen und Botschaftern](#) der Wirtschaft aufgebaut. Diese Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz engagieren sich in den öffentlichen Debatten und auf Social Media und machen so wirtschaftspolitische Themen fassbarer. Es handelt sich dabei um Unternehmerinnen und Unternehmer, CEOs, politisch aktive Menschen, aber auch um wirtschaftsaffine Jugendliche, die sich für wirtschaftspolitische Themen interessieren und gerne darüber diskutieren. Denn wir sind überzeugt, dass wir der Wirtschaft ein Gesicht geben müssen. Das macht die Wirtschaft nahbar und glaubwürdig – ein Schlüssel, um den Rückhalt für die Wirtschaft zu stärken.
- Wir bauen sehr gezielt die Langfristkampagnen aus. Es geht um ein permanentes Grundrauschen zum liberalen Erfolgsmodell Schweiz, aber auch um langfristig angelegte Kampagnen zu wirtschaftsrelevanten Themen, die früher oder später zur Abstimmung kommen.
- Wir stärken unsere eigene Kampagnenfähigkeit und intensivieren umfassend die Zusammenarbeit mit Partnerverbänden, Mitgliedsverbänden und Parteien. Wir wollen das liberal-bürgerliche Campaigning-Ökosystem stärken. Der Schlüssel liegt dabei in der Zusammenarbeit. Dies gesagt macht auch klar, dass wir nicht die Absicht haben, eine neue, eigene Kampagnenorganisation der Wirtschaft zu gründen. Wir tauen nicht wieder die frühere Wirtschaftsförderung (wf) auf. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass die einzelnen Verbände ihre Kampagnenfähigkeit erhalten und ausbauen und durch gezielte Zusammenarbeit die Schlagkraft erhöhen müssen. Daran arbeiten wir.

Wird dies ausreichen, um den Rückhalt der Bevölkerung für Wirtschaftsangelegenheiten zu stärken? Gilt dann wieder die Grundüberzeugung «Was gut für die Wirtschaft ist, ist gut für die Schweiz und mich»? Klar ist: Die laufende Kampagnenarbeit ist ein wichtiges Puzzleteil, aber sie löst nicht alles. Es braucht mehr. Was zählt, ist das Engagement der Unternehmen in den Gemeinden, in der Politik, in der Kultur oder in der Ausbildung von jungen Menschen. Das schafft Nähe und Vertrauen und das ist die Grundlage für den Rückhalt der Wirtschaft in der Bevölkerung. Was ebenfalls zählt, ist die Qualität der politischen Vorlagen. Überzeugt eine Vorlage? Trägt sie den Sorgen und Anliegen der Bevölkerung Rechnung? Wird sie breit getragen und gestützt? Daran müssen wir arbeiten. Gemeinsam und konsensorientiert – für einen starken Standort Schweiz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.